

A Service of



Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft Leibniz Information Centre

Volkens, Andrea; Klingemann, Hans-Dieter

**Book Part** — Digitized Version

Die Entwicklung der deutschen Parteien im Prozeß der Vereinigung: Kontinuitäten und Verschiebungen

# **Provided in Cooperation with:**

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Volkens, Andrea; Klingemann, Hans-Dieter (1992): Die Entwicklung der deutschen Parteien im Prozeß der Vereinigung: Kontinuitäten und Verschiebungen, In: Eckhard Jesse, Armin Mitter (Ed.): Die Gestaltung der deutschen Einheit: Geschichte - Politik - Gesellschaft, ISBN 3-416-02364-1, Bouvier, Bonn; Berlin, pp. 189-214

This Version is available at: https://hdl.handle.net/10419/122821

#### Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

#### Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.







### WZB-Open Access Digitalisate

### WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB) Library and Scientific Information Reichpietschufer 50 D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <a href="http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000">http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000</a> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <a href="http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000">http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000</a>.

# Die Entwicklung der deutschen Parteien im Prozeß der Vereinigung

Kontinuitäten und Verschiebungen

Als Erich Honecker, Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates und Vorsitzender des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, am 20. Januar 1989 erklärte, daß die Mauer notfalls noch 50 oder 100 Jahre überdauern würde, sollten nur neun Monate vergehen, bis er alle seine Ämter verloren hatte und die Mauer offen war. Nicht einmal zwei Jahre nach dieser selbstherrlichen Prognose waren die DDR und die Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 vereint und Mauerstücke in Souvenirläden erhältlich. Die Fülle und Geschwindigkeit der Ereignisse ergriff alle Parteien in Ost und West und beeinflußte auch die Entwicklung der Bürgerbewegungen in erheblicher Weise. Die Blockparteien der DDR waren von Massenflucht und Demonstrationswellen ebenso überrascht worden wie die Parteien der alten Bundesrepublik, die das System der DDR bis dahin als weitgehend stabil betrachtet hatten. Im Verlauf des Umbruchs der DDR traten auch die Bürgerbewegungen, die diesen Prozeß entscheidend eingeleitet hatten, eher reagierend in Erscheinung, während die Bevölkerung der DDR auf den Straßen als Akteur Richtung und Geschwindigkeit des politischen Ablaufs bestimmte.

Im folgenden soll die Entwicklung des deutschen Parteiensystems im Vereinigungsprozeß anhand von vier Phasen nachvollzogen werden, in denen sich die Struktur des gesamtdeutschen Parteiensystems herausbildete. In der ersten Phase, der im Herbst 1989 eingeleiteten Wende in der DDR, sorgten die Bürgerbewegungen als Vorreiter für den Zerfall der Machtposition der staatstragenden SED. Der Beginn der zweiten Phase ist durch den Übergang von der Geschichte gewordenen Losung »Wir sind das Volk« zu »Wir sind ein Volk« charakterisiert. Diese Wende in der Wende zwang Parteien wie Bürgerbewegungen, ihre Positionen zu überdenken. Damit begann die dritte Phase: die programmatische und organisatorische Ausdifferenzierung eines neuen Parteiensystems in der DDR, das schnell Züge des Parteiensystems der alten Bundesrepublik annahm. Die vierte Phase umfaßt die Zusammenschlüsse von Ost- und Westparteien zu gesamtdeutschen Organisationen im Vorfeld der Bundestagswahl 1990. Anschließend wird die Entwicklung des Parteiensystems anhand der Programmatik der Parteien analysiert und auf künftige Perspektiven verwiesen.

# 1. Die Wende: Oppositionsbewegungen gegen die Vorherrschaft der SED

Die Wende in der DDR fand auf den Straßen statt: Während sich einerseits Teile der Bevölkerung über Ungarn und die ČSSR in Richtung Westen absetzten, demonstrierte andererseits eine zunächst kleine Gruppe mutiger Oppositioneller für Veränderungen innerhalb der DDR. Die Vorreiter der im Verlauf des Herbstes immer weiter anschwellenden Demonstrationswelle kamen aus dem Umfeld der Bürgerbewegungen. Im Mai 1989 hatten die Bürgerbewegungen anläßlich der Fälschungen bei den Kommunalwahlen zum ersten Mal eine politische Gegenöffentlichkeit herstellen können. Bis dahin waren sie als informelle Gruppe vorwiegend unter dem Dach der Kirche und in Freundeskreisen unter sich tätig gewesen.

Die evangelische Kirche hatte die Entstehung neuer sozialer Bewegungen ermöglicht, indem sie ihnen Schutz vor Übergriffen der Staatssicherheit bot, solange sich ihre Aktionen ausschließlich an die Kirchenöffentlichkeit wendeten. Darüber hinaus stellte die Kirche die notwendige Infrastruktur in Form von Räumlichkeiten und Materialien zur Verfügung<sup>1</sup>. Bis zum Beginn der achtziger Jahre beschäftigten sich kirchliche Basisgruppen wie Kirche von unten, Schwerter zu Pflugscharen oder Frauen für den Frieden schwerpunktmäßig mit Einzelthemen wie Umweltschutz, Frieden und Dritte Welt. Bis zum Frühjahr 1989 bestand dieses Protestpotential noch aus einer zahlenmäßig kleinen Gruppe von etwa 2500 Personen, die vorwiegend in den kirchlichen Basisgruppen aktiv waren<sup>2</sup>.

Die 1985 gegründete und außerhalb der Kirche arbeitende *Initiative Frieden und Menschenrechte* (IFM) verlagerte als erste ihren Aktionsschwerpunkt von der Thematisierung einzelner Probleme hin zu grundlegenden Reformvorstellungen für Staat und Gesellschaft der DDR. Mit dem Machtantritt Gorbatschows (März 1985) und den Umbrüchen in Polen und Ungarn wurden dann auch in den kirchlichen Basisgruppen Forderungen nach Veränderung des gesamten politischen Systems in Richtung Demokratisierung laut. Triebfeder für die Verdichtung zu Oppositionsbewegungen war schließlich der Massenexodus im Sommer und Frühherbst 1989<sup>3</sup>.

Die bedeutendsten und mitgliedstärksten Bürgerbewegungen waren zu diesem Zeitpunkt neben der IFM vor allem die 1987 aus IFM, Kirche von unten und dem Arbeitskreis Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung hervorgegangene Bewegung Demokratie Jetzt (DJ) und das Neue Forum (NF). Das am 9. September 1989 gegründete Neue Forum verstand sich als breite Sammlungsbewegung und wollte reformorientierten Bürgern aller politischen Richtungen ein Diskussionsforum bieten. Die rasch zunehmende Mitgliederentwicklung des NF schien dem konsensorientierten Konzept der Bürgerbewegungen zunächst Recht zu geben.

Im Sommer und Herbst 1989 fanden auch die ersten in der Oppositionsbewegung wurzelnden Initiativen zu Parteineugründungen statt. Die Sozialdemokratische Partei (SDP) trat am 7. Oktober 1989 mit ihrem Gründungsaufruf an die Öffentlichkeit. Der Demokratische Aufbruch (DA) wurde bereits im Juni von einer Gruppe aus überwiegend kirchlichen Mitarbeitern initiiert. Die Grüne Partei (GP), hervorgegangen aus dem Grün-ökologischen Netzwerk Arche, wurde am 5. November 1989 gegründet. Im November hielt auch die Vereinigte Linke (VL), ein Zusammenschluß von Bund unabhängiger Sozialisten, Fraueninitiative, Lila Offensive, Autonome Antifa und Die

Nelken, ihr erstes DDR-weites Treffen ab. Neben diesen Parteineugründungen entstammten der Oppositionsbewegung auch etliche Initiativen zur Gründung unabhängiger Vereine, wie zum Beispiel die Grüne Liga (GL) und der Unabhängige Frauenverband (UFV).

Programmatisch unterschieden sich Parteien, Bewegungen und Vereine in der Gründungsphase kaum voneinander. Im Vordergrund standen mit Forderungen nach Rechtsstaatlichkeit und Demokratisierung aller Lebensbereiche Reformen innerhalb des sozialistischen Systems. Die Bewegungen und Parteien suchten zu diesem Zeitpunkt noch nach einem Sozialismus des dritten Weges und vertraten eine überwiegend antikapitalistische Wirtschaftsideologie<sup>4</sup>. Die einzige gemeinsame programmatische Erklärung der Oppositionsparteien und -bewegungen des Vorherbstes vom 4. Oktober 1989 erhob Forderungen nach freien Wahlen, demokratischem Rechtsstaat und alternativem Sozialismus.

Das Thema, das zu dieser Zeit alle neugegründeten Parteien und Bürgerbewegungen einte, war der Kampf gegen die Vorherrschaft der SED. Im Herbst 1989 kündigte die Opposition ein alle Bewegungen und Parteien umfassendes »Wahlbündnis 1990« an. Zu diesem Zeitpunkt wollten die »Verschwörergruppen« als Wahlbündnis »geschlossen gegen alle anderen Parteien der Volkskammer«<sup>5</sup> antreten. Der Kampf um das Niederringen von SED und Staatssicherheit war damals noch in vollem Gange und verknüpfte alle Oppositionskräfte.

Die zunehmend anomischen Zustände in der DDR führten am 7. Dezember 1989 zur Konstituierung des ersten Zentralen Runden Tisches. Am Zentralen Runden Tisch saßen die sieben Oppositionsgruppierungen DA, DJ, GP, IFM, NF, SDP und VL den Parteien der Nationalen Front, SED, CDU, LDPD, DBD und NDPD mit 15 zu 15 Stimmen gegenüber. Zu Beginn der Verhandlungen des Runden Tisches verstanden sie sich als Block der Opposition gegen den Block der Nationalen Front. Für die neuen Parteien und Bewegungen war der Runde Tisch eine wichtige Möglichkeit, ihre Forderungen nach einer neuen Verfassung, Neuwahlen, Rechtsstaatlichkeit und Auflösung der Staatssicherheit an die Öffentlichkeit zu bringen.

Die SED und mit ihr (fast) alle führenden Politiker der Blockparteien und Massenorganisationen hatten innerhalb des ehemaligen Ostblocks zur engsten Gefolgschaft der alten KPdSU gehört. Im Gegensatz zu den anderen Ostblockländern weigerte sich die DDR-Führung, die Veränderungsprozesse in der Sowjetunion zu akzeptieren und versuchte, mit Hilfe von Repressionen an ihren Vorstellungen festzuhalten. Die Ablehnung der sowjetischen Reformpolitik dürfte dabei nicht nur auf einer grundlegenden Fehleinschätzung der wirtschaftlichen und politischen Situation seitens der SED-Partei- und Staatsführung beruht haben. Vielmehr gilt auch: »Die Zurückhaltung der DDR-Führung gegenüber einer Adaption sowjetischer Entwicklung basierte auf der Furcht vor einer erneuten Infragestellung des Existenzrechtes der DDR«<sup>6</sup>.

Der rasante Autoritäts- und Legitimitätsverlust der SED-Führung im Verlauf des Herbstes 1989 dürfte noch dadurch beschleunigt worden sein, daß die SED jahrelang die Entstehung eines Reformflügels innerhalb ihrer Partei verhindert hatte. Der Zerfall des Organisationsgefüges der SED ist am deutlichsten an den Massenaustritten abzulesen: Während die SED im Sommer 1989 noch 2,3 Millionen Mitglieder zählte, war deren Zahl bis zum Januar 1990 auf 1,4 Millionen und bis zum Februar 1990 auf 700 000 gesunken. Auf der Ebene der Partei- und Staatsführung überschlugen sich im

Oktober und November 1989 die Ereignisse: Am 18. Oktober 1989, keine zwei Wochen nach der Feier zum 40. Jahrestag der DDR, wurde Erich Honecker abgesetzt und Egon Krenz als Nachfolger benannt. Am 7. November 1989 traten der gesamte Ministerrat unter Willi Stoph und tags darauf alle Führungsgremien der SED zurück. Auf der Tagung des Zentralkomitees der SED vom 8. bis 10. November 1989 einigten sich die Mitglieder auf ein Aktionsprogramm, das weitreichende Zugeständnisse an die Forderungen der Oppositionsgruppen enthielt. Gleichzeitig wurden am 9. November 1989 die Grenzen zur Bundesrepublik geöffnet. Zudem wurde mit Hans Modrow am 13. November 1989 ein Politiker zum neuen Vorsitzenden des Ministerrates gewählt, der parteiweit als Anhänger der Perestroika bekannt war.

Diese personellen und programmatischen Neuerungen wurden jedoch in der Bevölkerung der DDR und der Parteibasis der SED nur noch mit Mißtrauen quittiert. So herrschte die Meinung vor, daß die auf den Straßen erzwungenen Veränderungen keine »Wende« der SED, sondern die Reaktionen einer krampfhaft an Machtpositionen festhaltenden Partei darstellten. Die Parteibasis der SED verweigerte die Gefolgschaft, stürzte in der folgenden Zeit Bezirks- und Kreisleitungen und forderte die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages noch für das Jahr 1989. Der Sonderparteitag der SED fand am 8./9. Dezember 1989 in Berlin statt und wurde am 16./17. Dezember 1989 fortgesetzt. Die Delegierten wählten auf diesem Parteitag Gregor Gysi zum neuen Vorsitzenden und einigten sich schließlich darauf, die Partei unter dem Namen Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Partei des Demokratischen Sozialismus (SED-PDS) fortzuführen. Die Halbherzigkeit der Neuorientierung dokumentiert sich nicht zuletzt auch in dieser Namensgebung.

Das alte Parteiensystem der DDR kann rein formal als ein Mehrparteiensystem unter hegemonialer Vormachtstellung der SED charakterisiert werden. Alle Parteien waren in der sogenannten Nationalen Front vereint. Diese faßte nicht nur die Parteien, sondern auch alle gesellschaftlichen Organisationen und Interessengruppen unter der Führung der SED zusammen. Damit hatte sie das Monopol zur Aufstellung der Kandidaten aller Parteien und Massenorganisationen, die dann in Form einer Einheitsliste gewählt wurden und eine festgelegte Anzahl Sitze im Parlament zugewiesen bekamen. Alle Parteien waren auf die SED und die Prinzipien des demokratischen Zentralismus verpflichtet<sup>7</sup> und erkannten die führende Rolle der SED uneingeschränkt an. Ihre Hauptaufgabe war es, als eine Art »Transmissionsriemen« die Ideologie der SED in solche Bevölkerungskreise zu tragen, die für die SED selber schwer zu erreichen waren. Die Funktionen der Interessenartikulation und Interessenaggregation ihrer Mitglieder nahmen die Blockparteien lediglich in sehr eingeschränktem Sinne war.

Die Ost-CDU beanspruchte nicht nur den gleichen Namen wie die West-CDU, sondern entstammte auch den gleichen historischen Wurzeln in der Weimarer Republik. Wie alle anderen Parteien der DDR wurde sie in der Nachkriegszeit gezwungen, sich dem Führungsanspruch der SED unterzuordnen. Im Parteiensystem der DDR wandte sich die CDU vor allem christlich orientierten Bevölkerungsschichten zu. Mit ihrer programmatischen Position des »christlichen Realismus« erkannte sie die sozialistischen Prinzipien als Rahmenbedingung für die Realisierung christlicher Werte an. Die LDPD repräsentierte bei ihrer Gründung 1945 liberale gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Prinzipien. In dieser Partei waren vorwiegend Handwerker und Kaufleute, aber auch Angehörige der Intelligenz, organisiert, die auf diese Weise

in das politische System der DDR eingebunden waren. Die NDPD und die DBD wurden 1948 von ehemaligen KPD-Mitgliedern auf Veranlassung der SED gegründet, um die noch nicht völlig gleichgeschalteten Parteien CDU und der LDPD zu schwächen. NDPD und DBD waren wegen ihrer Gründungsgeschichte von Anfang an stark kommunistisch beherrscht, während CDU und LDPD erst im Verlauf der Zeit aufgrund andauernder Repressionen ihre Positionen anpaßten.

Einen deutlichen Wendepunkt für die Politik der vergleichsweise kleinen Blockparteien markierte der 1. Dezember 1989, an dem die Volkskammer die führende Rolle der SED aus der Verfassung strich. Die letzte Sitzung des Demokratischen Blocks fand am 28. November 1989 statt. Anfang Dezember 1989 verließen ihn die Parteien, bezogen zu diesem Zeitpunkt aber immer noch sozialistische Positionen. In der Oppositionsbewegung galten die Blockparteien im Kern nach wie vor als treue Vasallen der SED<sup>8</sup>.

Als erste der ehemaligen Blockparteien vollzog die CDU im Dezember 1989 eine programmatische Wende. Lothar de Maizière, Vizepräses der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen und in der Partei durch Reformgedanken bekannt, war Mitte November 1989 mit großer Mehrheit im Amt des Parteivorsitzenden bestätigt worden. Die programmatische Erneuerung wurde am 15./16. Dezember 1989 auf einem Sonderparteitag in Ost-Berlin vollzogen, der auf Initiative der Basis zustande gekommen war. Hier beschloß die CDU, als erste Partei, die Nationale Front zu verlassen und sich vom Sozialismus zu distanzieren. Ihre Zielvorstellungen waren von diesem Zeitpunkt an auf ökologisch verträgliche soziale Marktwirtschaft und die Einheit der deutschen Nation in Form einer Konföderation ausgerichtet. Ein entsprechender Programmentwurf wurde an die Programmkommission überwiesen. Das Programm der CDU zur Volkskammerwahl basierte auf diesem Entwurf und wurde Ende Januar 1990 vorgelegt.

Der LDPD-Vorsitzende Manfred Gerlach hatte bereits vor der Wende anläßlich seiner Rede zum 40. Jahrestag der DDR Reformen gefordert und galt damit zunächst als einer der wenigen Vorreiter der Wende innerhalb der Blockparteien. Nachdem Gerlach sich dann aber Anfang November 1989 noch einmal zur führenden Rolle der SED und zum Sozialismus bekannte, geriet die LDPD in ihrem personellen und programmatischen Erneuerungsprozeß ins Hintertreffen<sup>9</sup>. Erst auf ihrem Sonderparteitag in Dresden im Februar 1990, auf dem auch die Umbenennung in LDP beschlossen wurde, bezog die Partei stärker liberale Positionen.

Wie die LDPD erkannte Anfang 1989 auch die DBD unter ihrem Vorsitzenden Günther Maleuda, zu dieser Zeit Präsident der Volkskammer, noch die führende Rolle der SED an. Demgegenüber wählte die NDPD zu diesem Zeitpunkt mit Günter Hartmann einen neuen Vorsitzenden und unternahm gleichzeitig in einem neuen Aktionsprogramm erste, wenn auch zaghafte Schritte in Richtung auf politische Reformen.

Am 17./18. November 1989 wählte die Volkskammer eine neue Regierung. Der neue Vorsitzende des Ministerrates, Hans Modrow, forderte in seiner Regierungserklärung eine *Vertragsgemeinschaft* mit der Bundesrepublik, stellte umfassende Reformen im politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich in Aussicht und kündigte freie Volkskammerwahlen an.

# 2. Programmatische und organisatorische Ausdifferenzierung des Parteiensystems der DDR

Die deutsche Einheit erschien anfangs als ein nur sehr langfristig zu erreichendes Ziel. So wurde Helmut Kohls 10-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands, das er am 28. November 1989 dem Deutschen Bundestag präsentierte, zunächst auch als voreilig und realitätsfern kritisiert. Die stärkste Zäsur im Verlauf des Umbruchprozesses stellte die »dramatische Veränderung der äußeren Rahmenbedingungen«<sup>10</sup> dar: Ende Januar erkannte Gorbatschow die Legitimität der deutschen Frage an. Er sprach sich für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen aus, als er anläßlich eines Besuchs von Bundeskanzler Kohl in Moskau am 10. Februar 1990 erklärte, es solle dem deutschen Volk überlassen sein, über die Form seines Zusammenlebens selbst zu entscheiden.

Die Woche vom 8. bis 15. Januar 1990 kann als Woche der »Wende in der Wende« bezeichnet werden. Mit einem weiteren Anschwellen der Demonstrationswelle änderten sich die Forderungen der Bevölkerung, die nun eine Beschleunigung der demokratischen Erneuerung und einen schnellen Anschluß an die Bundesrepublik verlangte. Ende Januar/Anfang Februar 1990 war die deutsche Vereinigung das zentrale Ziel der Demonstranten<sup>11</sup>. Damit wurden die Oppositionsbewegungen DJ, IFM, NF, GP und VL, die noch am 19. Dezember 1989 mit einem Demonstrationsaufruf gegen die Wiedervereinigung an die Öffentlichkeit getreten waren, von einem großen Teil der Bevölkerung ins politische Abseits befördert. Zur gleichen Zeit markierte die Erstürmung der Zentrale des MfS in Ost-Berlin am 15. Januar 1990 das Ende des Staatssicherheitsdienstes und damit das endgültige Aus für die Vormachtstellung der SED. In diesem Sinne konstatiert Uwe Thaysen, daß ein »rasanter Rückzug der SED-PDS aus zentralen Vormachtstellungen erst in dem Moment [stattfand], als die Stasi darniederlag«<sup>12</sup>.

Um eine weitere Eskalation der Situation zu verhindern, wurde am 28. Januar 1990 die Regierung der nationalen Verantwortung gebildet, die Oppositionsbewegung damit in die Regierungsverantwortung eingebunden. Dies zwang die Oppositionsbewegung jedoch gleichzeitig zu programmatischen Profilierungen. Während noch am 3. Januar 1990 ein »Wahlbündnis 90« aus DA, DJ, NF, IFM, SPD und VL angekündigt wurde, traten die unterschiedlichen Orientierungen innerhalb der Oppositionsbewegung nun deutlich zutage. Einerseits machte sich bemerkbar, daß die informellen Gruppen der Friedens- und Umweltbewegung in der DDR sich nicht als Gegner des sozialistischen Systems verstanden hatten. In weiten Teilen der Bürgerbewegungen überwog die Skepsis gegenüber einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Andererseits war die DDR-Opposition gekennzeichnet durch »Anti-Politik«: »Sie sind kulturorientiert statt machtorientiert, basisdemokratisch statt zentralistisch, reaktiv statt offensiv; sie thematisieren eher Einzelthemen und -konflikte als globale Politikstrategien. Hier wurzelt ein Großteil der Schwierigkeiten der DDR-Opposition, das von den zerfallenden politischen Institutionen hinterlassene Machtvakuum zu füllen.«<sup>13</sup>

Die in der Oppositionsbewegung der ersten Stunde wurzelnden Parteien waren demgegenüber bereit, sich auf den Kampf um Wählerstimmen einzulassen. Mit der Konstituierung von SPD, DA und der *Deutschen Forumpartei* (DFP) als vom Wahl-

bündnis unabhängige Parteien, der Gründung der *Deutschen Sozialen Union* (DSU) und der *Freien Demokratischen Partei* (FDP) als neue Parteien ohne Wurzeln im Vorherbst und der endgültigen Wandlung der Blockparteien zu eigenständigen Wählerparteien differenzierte sich das Parteiensystem im Januar 1990 aus und bot zunächst ein zersplittertes Bild.

#### 3. Strukturierung des Parteiensystems der DDR

Bereits Mitte Februar 1990 vereinbarte eine DDR-Regierungsdelegation unter Leitung von Ministerpräsident Modrow bei einem Besuch in Bonn mit der Bundesregierung die Bildung einer gemeinsamen Expertenkommission zur Vorbereitung einer Währungs- und Wirtschaftsunion. Nachdem am 14. Februar 1990 am Rande einer Konferenz in Ottawa die Außenminister der beiden deutschen Staaten mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges Übereinstimmung über die Einberufung einer Zwei-plus-Vier-Konferenz zur Klärung der außenpolitischen Aspekte der deutschen Vereinigung erzielten, war diese in greifbare Nähe gerückt. Von nun an nahmen die West-Parteien massiven Einfluß; das Parteiensystem der Bundesrepublik wurde zum bestimmenden Faktor für die Herausbildung der politischen Lager in der DDR.

Die SDP hatte bereits bei ihrem ersten offiziellen Treffen mit einer West-Delegation am 13. Januar 1990 ein Übereinkommen erzielt. Von diesem Zeitpunkt an erhielt die SDP tatkräftige Unterstützung aus der Bundesrepublik. Auf der Delegiertenkonferenz vom 12. bis 14. Januar 1990 in Berlin benannte sich die SDP entsprechend ihrer westlichen Schwesterpartei in SPD um. Der erste Parteitag der SPD fand vom 22. bis 26. Februar 1990 in Leipzig statt. Ibrahim Böhme wurde zum Parteivorsitzenden und Spitzenkandidaten, Willy Brandt zum Ehrenvorsitzenden der Ost-SPD gewählt. Damit begann auch der Kampf um Wählerstimmen für die Volkskammerwahl am 18. März 1990 zwischen SPD und CDU.

Die West-CDU hatte lange gezögert, bevor sie sich zu einem Schulterschluß mit der durch jahrzehntelange Unterstützung des SED-Regimes diskreditierten Ost-CDU entschließen konnte. Die Allianz für Deutschland, ein Wahlbündnis aus CDU, DA und DSU, kam schließlich auf Anregung und in Anwesenheit Helmut Kohls am 5. Februar 1990 zustande. Der DA als Partei der Oppositionsbewegung bürgte dabei für die Vertrauenswürdigkeit der Allianz. Ursprünglich im Wahlbündnis der neuen Kräfte verankert, hatte der DA eine programmatische Wende vollzogen. In den Flügelkämpfen zwischen Parteigründern und neugewonnenen Mitgliedern setzten sich letztere mit ihrem Ziel einer schnellen Wiedervereinigung und der Abkehr von jeglichen Sozialismusvorstellungen durch. Nach dem Ausscheiden des linken Flügels trat der DA, ebenso wie CDU und DSU, für eine soziale Marktwirtschaft und die staatliche Einheit Deutschlands ein. Die DSU als dritte Partei im Bunde hatte sich am 20. Januar 1990 mit kräftiger Geburtshilfe der CSU konstituiert. Innerhalb der Allianz behielten alle Parteien ihre Eigenständigkeit bei. So wurden die Kandidaten für die Wahlen unabhängig voneinander aufgestellt. In der Volkskammer der DDR bildeten die Parteien der Allianz zunächst nur eine Arbeitsgruppe.

Wie die Allianz für Deutschland kam der Bund Freier Demokraten (BFD) aus FDP, LDP und DFP am 12. Februar 1990 nur auf Druck der Schwesterpartei im We-

sten zustande. Die neugegründeten Parteien Deutsche Forumpartei (DFP) und die Ost-FDP hatten zunächst starke Bedenken, sich mit der ehemaligen »Blockflöte« LDP zusammenzutun, zumal die LDP in ihrem Erneuerungsprozeß stark hinter den anderen ehemaligen Blockparteien hinterherhinkte. Diese Verzögerung des Reformprozesses war Anfang Februar 1990 auch der Anlaß zur Gründung einer neuen Freien Demokratischen Partei (FDP) gewesen. Auch die DFP, die sich aus der Bürgerbewegung Neues Forum abspaltete und sich Ende Januar 1990 als Partei konstituierte, widersetzte sich zunächst einem Bündnis mit einer Blockpartei, die sie bis dahin als ihren entschiedenen Gegner angesehen hatte.

Als Überbleibsel des geplanten Wahlbündnisses 90 schlossen sich Anfang Februar 1990 die drei Bürgerrechtsbewegungen DJ, NF und IFM zum Bündnis 90 zusammen. Die von den West-Grünen unterstützte Grüne Partei ging zur gleichen Zeit eine Listenverbindung mit dem Unabhängigen Frauenverband (UFV) ein, und die im Januar 1990 als eigenständige Partei konstituierten Nelken schlossen sich wieder mit der Vereinigten Linken zusammen (Aktionsbündnis Vereinigte Linke – AVL).

Die Unterstützung durch West-Parteien in Form von Geld- und Sachmitteln und Wahlkampfauftritten westlicher Spitzenpolitiker hat die Herausbildung politischer Positionen, die denen der Bundesrepublik kompatibel sind, sicherlich beschleunigt. Insgesamt betrachtet konnte man den programmatischen Positionen der Ost-Parteien eine Verfassungskonformität mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik bescheinigen. So sprachen sich alle Parteien in ihren Wahlprogrammen für einen demokratischen Rechtsstaat, den Schutz der individuellen Menschenrechte, für Versammlungsund Meinungsfreiheit, strikte Gewaltentrennung und Unabhängigkeit der Gerichte aus. Mit Ausnahme der Vereinigten Linken, die sich eine souveräne DDR wünschte, traten die Parteien der DDR für eine Vereinigung mit der Bundesrepublik ein. Unterschiedliche Vorstellungen gab es allerdings in dieser Frage im Hinblick auf Geschwindigkeit und Modalitäten. Das Spektrum reichte von Vorstellungen eines deutschen Staatenbundes (PDS), über eine Konföderation (Grüne Partei/UFV) bis zum Beitritt der DDR nach Art. 146 GG (SPD) oder Art. 23 GG (CDU). Im Bereich der Wirtschaftspolitik traten fast alle Parteien mit dem Ziel einer sozial und ökologisch verträglichen sozialen Marktwirtschaft an. Nur die VL forderte die Umwandlung des Staatseigentums in gesellschaftliches Eigentum. Für die Sicherheitspolitik überwogen zur Volkskammerwahl noch Positionen von Entmilitarisierung, Blockfreiheit oder Auflösung der Militärblöcke im Rahmen einer europäischen Friedensordnung und Neutralitätsvorstellungen. Unterschiede zwischen den Parteien auf der einen und den Bürgerbewegungen auf der anderen Seite lagen im Bereich der Demokratiekonzepte. Während die Parteien überwiegend das Modell repräsentativer Demokratie vertraten, hatten die Bürgerbewegungen basisdemokratische Vorstellungen und sprachen sich für eine direkte Demokratie und weitgehende Dezentralisierung aus.

Die Volkskammerwahl mit dem überraschenden Sieg der Allianz für Deutschland wurde allgemein als ein Votum für eine schnelle Vereinigung beider deutscher Staaten gedeutet. Am 12. April 1990 kam eine Koalitionsregierung aus CDU, DA, DSU, der SPD und den Liberalen unter Ministerpräsident Lothar de Maizière zustande, die diese Zielperspektive verkörperte. Noch vor der Verabschiedung des ersten Staatsvertrages durch die Volkskammer und den Bundestag am 21. Juli 1990 begannen am 6. Juli 1990 die Verhandlungen zum zweiten Staatsvertrag, dem Einigungsvertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik.

Je näher der Termin der Vereinigung und damit auch der Termin der ersten gesamtdeutschen Wahl heranrückte, um so mehr glich die Parteienlandschaft in der DDR dem bundesdeutschen Parteiensystem. Gleichzeitig zerfiel die Große Koalition der DDR. Im Juli 1990 schieden die Liberalen wegen Streitigkeiten über den Wahlmodus aus der Regierungskoalition aus, und im August 1990 verließ die SPD die Koalition, nachdem zwei Minister ihrer Partei entlassen worden waren.

Im Hinblick auf die Bundestagswahl schlossen sich die christlichen und liberalen Wahlbündnisse zu Parteien zusammen. Der Bund Freier Demokraten war zwischenzeitlich durch den Beitritt der NDPD erweitert worden. Die DBD beschloß ihre Auflösung und ging weitgehend in der CDU auf. Damit umfaßte das liberale ebenso wie das christdemokratische Lager in der DDR nun jeweils zwei ehemalige Blockparteien und zwei neugegründete Parteien. Im September 1990 beschlossen die Grünen auf einer außerordentlichen Bundesversammlung, als Bündnis 90/Grüne in den Bundestagswahlkampf zu gehen.

# 4. Die Entstehung des gesamtdeutschen Parteiensystems

Mit der Verabschiedung des ersten Staatsvertrages zur Wirtschafts-, Währungsund Sozialunion durch den Deutschen Bundestag und die Volkskammer der DDR
am 21. Juli 1990 war die deutsche Vereinigung praktisch besiegelt. Noch vor dem
Inkrafttreten des Einigungsvertrages hielten CDU, SPD und FDP im Herbst 1990
ihre Vereinigungsparteitage ab. Seit Anfang August 1990 stand der 2. Dezember
1990 als Termin für die ersten gesamtdeutschen Wahlen faktisch fest. Wegen der
großen Öffentlichkeitswirksamkeit waren die Sonderparteitage zum Zusammenschluß der ost- und westdeutschen Parteien zu gesamtdeutschen Organisationen zugleich der Auftakt zum bevorstehenden Bundestagswahlkampf. So gab die SPD
auf ihrem Vereinigungsparteitag Ende September 1990 die Parole »Oskar helfen«
aus, und die CDU verkündete Anfang Oktober 1990, »um jede Stimme kämpfen«
zu wollen. Darüber hinaus verabschiedete die SPD auf ihrem Vereinigungsparteitag auch ihr »Regierungsprogramm 1990«.

Neben Festreden der Spitzenpolitiker aus Ost und West zur deutschen Wiedervereinigung und zum Zusammenschluß ihrer Parteien wurde die Verbindung zwischen Ost- und Westparteien auf diesen Parteitagen vor allem durch die Neubesetzung der Parteivorstände konsolidiert. Satzungsänderungen ermöglichten dabei die zahlenmäßige Ausdehnung der Vorstandsgremien. Mit der Aufnahme von DDR-Politikern in die Parteivorstände wurde die personelle Integration von Ost- und Westparteien auf der Ebene der Parteieliten vollzogen. Allerdings verblieben alle Schlüsselpositionen wie der Parteivorsitz, das Generalsekretariat oder das Schatzmeisteramt in westlicher Hand. DDR-Politiker wurden zu stellvertretenden Vorsitzenden, Beisitzern und Präsidiumsmitgliedern gewählt, wobei auch hier West-Politiker in der Überzahl blieben. Diese westliche Dominanz sollte allerdings nicht als ein »Schlucken« der DDR-Parteien gedeutet werden, sondern ist vor dem Hintergrund der geringeren Anzahl an Wahlberechtigten in den neuen Bundesländern zu sehen. So beträgt die Relation der Wahlberechtigten von alten zu neuen Bundesländern rund vier Fünftel zu einem Fünftel, und es entspricht gutem demokrati-

Tabelle 1: Parteimitglieder Ende 1989<sup>1</sup>

	Ost	West
SPD	100 000	920 000
CDU	140 000	
DA	55 000	
DBD	117 000	
	312 000	663 000
FDP	2500	
LDP	110 000	
DFP	50 000	
NDPD	100 000	
	285 000	66 000
PDS	$700000^2$	

<sup>1</sup> Die Angaben über Parteimitgliedszahlen in der DDR weichen stark voneinander ab. So scheint die Mitgliedszahl der SPD (Ost) zu keinem Zeitpunkt über 30 000 gelegen zu haben. Die hier wiedergegebenen Zahlen dürften überhöht gewesen sein und können daher lediglich einen Eindruck von den unterschiedlichen Mitgliederstärken in Ost- und Westparteien vermitteln.

schen Verständnis, wenn Mehrheiten in den jeweiligen Gremien auch entsprechend repräsentiert sind.

Eine andere Relation von alten zu neuen Bundesländern ergibt sich allerdings bei Betrachtung der Mitgliederstärken der Parteien. Mitglieder sind für Parteien nicht nur als Beitragszahler oder Wahlkampfaktivisten von Bedeutung. Da die Zahl der Mitglieder in den Besetzungsschlüssel für Parteitage eingeht, haben die Mitgliederstärken auch einen Einfluß auf die Beschlußfassung.

Als neugegründete Partei hat die Ost-SPD in den neuen Bundesländern erheblich weniger Mitglieder als in den alten Bundesländern. Dagegen sind aufgrund des Zusammenschlusses mit jeweils zwei ehemaligen Blockparteien die Parteimitglieder aus den neuen Bundesländern in CDU und FDP in der Überzahl. Dies gilt insbesondere für die im Westen mitgliederschwache FDP. Wie diese Partei in Zukunft den Besetzungsschlüssel ihrer Parteitage gestalten wird, bleibt abzuwarten.

Im Gegensatz zu den ungleichen Mitgliederstärken der Parteien sind die jeweiligen ost- und westdeutschen Parteiflügel in ihren Wählerstärken relativ gut ausbalanciert. Die Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 brachte dem Ostflügel der CDU einen leichten Wählervorsprung, während die SPD in den alten Bundesländern häufiger gewählt wurde. Insgesamt betrachtet hatte die Bundestagswahl 1990 gegenüber 1987 keine drastische Verschiebung der Kräfteverhältnisse im deutschen Parteiensystem zur Folge. Die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP wurde fortgesetzt, die SPD blieb stärkste Oppositionskraft. Unerwartet war nur das Scheitern der West-Grünen an der Fünf-Prozent-Hürde.

Aufgrund der getrennten Wahlgebiete konnten sowohl PDS als auch Bündnis 90/ Grüne in den ersten gesamtdeutschen Bundestag einziehen. Der Einfluß dieser neuen Parteien in der Bundespolitik dürfte jedoch aufgrund ihres schwachen gesamtdeut-

<sup>2</sup> Februar 1990

Tabelle 2: Die Parteien zur Volkskammerwahl im März 1990 und zur Wahl des ersten gesamtdeutschen Bundestages im Dezember 1990

Parteien der Volkskammer/ des Bundestages			nmerwahl rz 1990		undestags Dezembe		
	1	Wahl- bündnis	Parteien- zusammen- schluß	Wahl- bündnis	neue Bundes	alte länder	gesamt
	CSU	-			_	8,8	7,1
Allianz für Deutschland	DSU CDU DA DBD	$\left. \begin{array}{c} 6,3 \\ 40,8 \\ 0,9 \end{array} \right\}$	2 43,9		1,0 41,8	35,5	0,2
Bund Freier Demokraten	FDP LDP DFP }	5,3	5,7		12,9	10,6	11,0
	SPD PDS Die Grünen	21, 16,	9 4 -	ì	24,3 11,1 0,1	35,7 0,3 4,8	
	Bündnis 90 Grüne-UFV AVL DFD	2,9 2,0 0,0	2 3	} 6,0		<del>-</del>	1,2
	Andere	0,:	5		3,8	4,3	4,2
:	Wahl- beteiligung	93,	4		74,7	78,5	77,5

Angaben in Prozent der abgegebenen Stimmen.

schen Wahlergebnisses (2,4 bzw. 1,2 Prozent) eher gering bleiben, zumal sie im Bundestag keinen Fraktionsstatus erhielten. Chancen auf einen Einzug in den kommenden Bundestag haben Bündnis 90/Grüne nur durch den Zusammenschluß mit den westdeutschen Grünen, während das Scheitern der PDS an einer gesamtdeutschen Fünf-Prozent-Hürde sicher zu sein scheint. Die PDS wird zukünftig vermutlich nur auf der Ebene der neuen Bundesländer als regionale Partei eine Rolle spielen.

DDR-spezifische Einflüsse auf die Struktur des Parteiensystems der Bundesebene sind daher kaum zu erwarten. Insofern dürften die Auswirkungen der Vereinigung auf das gesamtdeutsche Parteiensystem vorwiegend innerhalb der etablierten bundesdeutschen Parteien zu suchen sein. Das folgende Kapitel nimmt diese innerparteiliche Perspektive auf und untersucht in empirisch-quantifizierender Weise die Einflüsse der ehemaligen DDR-Parteien auf die Programmatik der gesamtdeutschen Parteien.

### 5. Die programmatische Entwicklung der Parteien

Die programmatischen Positionen der Parteien sind im Rahmen des Modells der Konkurrenzdemokratie von zentraler Bedeutung. Einerseits legen sich Parteien in ihren Programmen auf politische Ziele und Positionen fest, die innerhalb der Parteien für die Mitglieder verbindlich sein sollen. Andererseits werben Parteien mit ihren programmatischen Zielvorstellungen um Wählerstimmen und stellen in Aussicht, diese bei Übernahme der Regierungsmacht zu verwirklichen. Im Gegensatz zu den Grundsatzprogrammen nehmen die Parteien in ihren Wahlprogrammen Stellung zu konkreten Problemen der Gegenwart, die in der darauffolgenden Legislaturperiode bewältigt werden sollen.

Die programmatische Entwicklung des Parteiensystems im Verlauf des Vereinigungsprozesses soll in diesem Kapitel empirisch-quantitativ anhand von Analysen der Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 1987, zur Volkskammerwahl und zur Bundestagswahl 1990 nachvollzogen werden. Die Programme zur Bundestagswahl 1987 bilden dabei den Indikator für die politischen Positionen der westlichen Parteiflügel, die Programmatik der Parteien zur Volkskammerwahl 1990 den Indikator für die Positionen der östlichen Parteiflügel. Die Programme der Parteien zur Bundestagswahl 1990 stehen für die programmatische Orientierung der Gesamtparteien.

Aufgrund der Geschwindigkeit der Entwicklung in der ehemaligen DDR und des frühen Termins der Volkskammerwahl verblieb sowohl den neuentstandenen Parteien als auch den alten Blockparteien nur eine geringe Zeitspanne zur Neu- und Ausformulierung ihrer programmatischen Positionen. Die Parteien und Vereinigungen waren in dieser Zeit hauptsächlich damit beschäftigt, Vorstellungen über die Grundzüge der zukünftigen Gesellschafts-, Wirtschafts-, Sozial- und Rechtsordnung der DDR zu entwickeln. Die Programme der Ost-Parteien zur Volkskammerwahl enthalten daher weniger detaillierte Zielvorstellungen als die ihrer westlichen Schwesterparteien.

Um die programmatischen Positionen der Parteien und Vereinigungen zu bestimmen, sind die Wahlprogramme aller im Bundestag 1987 und 1990 und in der Volkskammer 1990 vertretenen Parteien mit Hilfe der quantitativen Inhaltsanalyse erschlossen worden. Auf dieser Basis konnte ermittelt werden, welche politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme in den Wahlprogrammen behandelt und welche Positionen dazu bezogen worden sind. Probleme wurden dabei als Defizite definiert, z.B. zu hohe Arbeitslosigkeit oder zu wenig Kindergärten. Anhand eines Klassifikationsschemas sind diese einzelnen Issues entweder zu Themengruppen (Valenzissues) oder zu Positionsgruppen (Konfliktissues) zusammengefaßt worden. Das im Rahmen eines international vergleichenden Projektes<sup>14</sup> entwickelte Klassifikationsschema umfaßt 24 Kategorien, die den drei Subsystemen der Gesellschaft (Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im engeren Sinn) und der Außenpolitik zugeordnet wurden. 14 der 24 Kategorien (Freiheit, Demokratie, Dezentralisation, Marktwirtschaft, Staatsintervention, sozialer Konservatismus, Wohlfahrtsstaat, Establishment, Versäulung, europäische Kooperation, militärische Stärke und Frieden und Abrüstung) geben Positionen wieder und sind deswegen durch ein Plus-Zeichen (pro bzw. mehr) oder ein Minus-Zeichen (contra bzw. weniger) gekennzeichnet. 10 Kategorien (Verfassung, Regierung, allgemeine ökonomische Ziele, Infrastruktur, Landwirtschaft, Bildung, Lebensqualität, Gruppenpolitik und spezifische Beziehungen zu anderen Staaten) umfassen breite Themenbereiche. Die Bedeutung der 24 Themen und Positionen ergibt sich bei den meisten Kategorien aufgrund der Bezeichnungen. Die Kategorie »Gruppenpolitik« beinhaltet Aussagen zur Förderung spezifischer sozialer Gruppen, z.B. Frauen und Kinder. Mit »sozialem Konservatismus« sind Aussagen zur Stärkung von Familie und Kirche und die positive Erwähnung traditioneller moralischer Werte gekennzeichnet worden. »Versäulung« bezeichnet die Bewahrung der Autonomie religiöser, ethnischer oder sprachlicher Kulturgemeinschaften im Staat. Aussagen im Sinne von Versäulung wurden von keiner der untersuchten Parteien getroffen. Ein Vergleich der Parteiprogramme anhand dieses Klassifikationsschemas soll die folgenden Fragen beantworten:

- Welche programmatischen Schwerpunkte setzen die Parteifamilien?
  Die programmatischen Profile der Parteien geben Auskunft darüber, zwischen welchen politischen Alternativen die Bürger wählen konnten.
- 2. Unterscheiden sich die entsprechenden ost- und westdeutschen Parteiflügel im Hinblick auf ihre programmatischen Themen und Positionen? Programmatische Unterschiede und Übereinstimmungen werden anhand eines Vergleichs der Programme der jeweiligen Ost- und Westflügel der Parteien zur Volkskammerwahl 1990 und zur Bundestagswahl 1987 nachvollzogen. Je größer die programmatischen Unterschiede zwischen den Parteiflügeln sind, um so schwieriger ist die Integration der Positionen in eine Gesamtpartei, um so mehr wird die innerparteiliche Kohäsion belastet. Große programmatische Differenzen zwischen Ost- und Westflügeln lassen auf künftige parteiinterne Konflikte schließen. In diesem Zusammenhang stellt sich vor allem auch die Frage, ob die vormals sozialistischen Positionen der ehemaligen Blockparteien CDU, DBD, LDP und NDPD in den Parteien nachwirken. Während die neugegründeten Parteien der DDR sich ohne programmatische Altlasten an ihren Westpartnern orientieren konnten, mußten die ehemaligen Blockparteien eine programmatische Kehrt-
- 3. Wie stark setzen sich ost- und westdeutsche Parteiflügel in der Gesamtpartei programmatisch durch? Die programmatische Integration von Ost- und Westflügeln in die Gesamtpartei wird anhand von Vergleichen der jeweiligen gemeinsamen Programme zur Bundestagswahl 1990 einerseits mit den Volkskammerwahlprogrammen und andererseits mit den Bundestagswahlprogrammen von 1987 gemessen. Damit läßt sich auch die Frage beantworten, welchen Einfluß die ost-und westdeutschen Parteiflügel auf die Programmatik der vereinigten Parteien bisher genommen haben.

wende vollziehen.

4. Verändern sich die ideologischen Positionen der gesamtdeutschen Parteien aufgrund der Parteivereinigung?
Die programmatische Entwicklung der Parteien von der Bundestagswahl 1987 zur Bundestagswahl 1990 gibt Auskunft über die Veränderung des ideologischen Spektrums des Parteiensystems.

# Programmatische Konvergenzen und Divergenzen zwischen den Parteifamilien

Um die unterschiedliche Länge der Wahlprogramme auszugleichen, wurde die Anzahl der in den einzelnen Kategorien benannten Issues prozentuiert auf die Gesamtsumme der im jeweiligen Wahlprogramm benannten Probleme. Die im Anhang wiedergegebenen Tabellen 3a bis 3e geben die prozentualen Verteilungen der Wahlprogramme auf die 24 Themenbereiche und Positionen wieder, geordnet nach christdemokratischer, sozialdemokratischer und liberaler Parteifamilie, den Grünen und Bürgerbewegungen und den sonstigen Parteien.

Betrachtet man die prozentualen Verteilungen der Inhalte der Parteiprogramme auf die 24 Themen und Positionen, so stechen zunächst Übereinstimmungen zwischen allen Parteien ins Auge. Durchschnittlich 40 bis 50 Prozent der Inhalte ihrer Programme widmen die Parteien den gesellschaftspolitischen Themen und Positionen. Innerhalb dieses Bereiches dominieren die Themen der Lebensqualität (dazu zählt hauptsächlich der Umweltschutz), der Ausbau des Wohlfahrtsstaates und die Gruppenpolitik. Ebenso ziehen alle deutschen Parteien in ihrer Programmatik Frieden und Abrüstung einer Position militärischer Stärke vor.

Systematische Unterschiede zwischen den Parteifamilien und damit programmatische Profile der Parteifamilien sind demgegenüber schwerer auszumachen. Die christdemokratischen Parteien beschäftigen sich überdurchschnittlich häufig mit konservativen Werten. Ein zentrales Thema ihrer Parteiprogramme ist die Familienpolitik. Die liberalen Parteien, mit Ausnahme der LDP, setzen offensichtlich auf marktwirtschaftliche Kräfte. Besonders deutlich tritt dies im Bundestagswahlprogramm 1990 hervor. Während alle anderen Parteien zur Bundestagswahl 1990 nur rund ein Prozent ihrer Programme dem Ausbau der Marktwirtschaft widmen, bezieht die FDP zu 12,5 Prozent diese Position. Das Profil der sozialdemokratischen Parteien ist durch eine herausragende Stellung des Wohlfahrtstaates gekennzeichnet. Fast ein Viertel ihrer Wahlprogramme thematisiert den Ausbau des Sozialstaates.

Programmatische Schwerpunkte sowohl der Grünen und Bürgerbewegungen als auch der PDS sind Umweltschutz, Wohlfahrtsstaat, Gruppenpolitik und Frieden/Abrüstung. In diesem Bereich unterscheiden sich die Parteien voneinander – und von den sozialdemokratischen Parteien – nur graduell. Deutliche Unterschiede zeigen sich dagegen im Bereich von Demokratievorstellungen. Hier streichen Grüne und Bürgerbewegungen die Bedeutung direkter Beteiligungsformen heraus. Neben dem Ausbau der Demokratie schreibt die PDS außerdem »Freiheit« und »Staatsintervention« zur Bewältigung wirtschaftlicher Probleme auf ihre programmatische Fahne.

Unterschiede zwischen den christdemokratischen, sozialdemokratischen und liberalen Parteien auf der einen Seite und Grünen, Bürgerbewegungen und PDS auf der anderen Seite werden im Bereich der Ökonomie offenbar. Während die erstgenannten Parteien zwischen 20 und 30 Prozent ihrer Wahlprogramme auf wirtschaftliche Themen verwenden, spielen diese bei den anderen Parteien und Vereinigungen nur eine untergeordnete Rolle. Vor allem Fragen des Infrastrukturausbaus scheinen für die kleineren Parteien und Bürgerbewegungen nachrangig zu sein. Zwischen 1987 und 1990 wurden also die vertrauten Konfliktdimensionen zwischen den Parteien sichtbar.

#### Konvergenzen und Divergenzen innerhalb der Parteifamilien

Deutliche systematische Unterschiede innerhalb aller Parteifamilien trennen die Programme zur Volkskammerwahl von den Bundestagswahlprogrammen. Zur Volkskammerwahl 1990 sprachen alle Parteien überdurchschnittlich häufig Politythemen an. Insbesondere die Werte »Freiheit« und »Demokratie« standen im Vordergrund ihrer Programmatik, während andererseits außenpolitische Themen stark vernachlässigt wurden. Diese Schwerpunktsetzung in den Programmen der DDR-Parteien ergab sich verständlicherweise aufgrund der besonderen Umbruchsituation in der DDR.

Um programmatische Differenzen zwischen den jeweiligen Ost- und Westflügeln der Parteien zu quantifizieren, wurde als zusammenfassende Maßzahl der *Duncan Index of Dissimilarity* berechnet<sup>15</sup>. Dieser Index gibt die Abweichung (in Prozent) an, die zwischen zwei miteinander verglichenen Parteiprogrammen besteht.

Trotz der bei allen Parteifamilien zu beobachtenden systematischen Unterschiede zwischen Ost- und Westflügeln der Parteien zeigt sich, daß programmatische Konflikte unter den Christdemokraten wesentlich wahrscheinlicher sind als bei den anderen Parteien. So weicht fast die Hälfte des Volkskammerwahlprogramms der CDU

Tabelle 4: Programmatische Differenzen (Duncan Index of Dissimilarity)

	zwischen den     Ost- und     Westparteien	zwischen dem geme     a) den Ostflügeln	insamen Programm und b) dem Westflügel	3. Stabilität (1949–1987)
	(BTW87/ VKW90)	(BTW 90/ VKW 90)	(BTW 90/ BTW 87)	
SPD	26	33	29	29
CDU (West)	_	_	26	31
CDÙ (Ost)	47	39	_	
DBD `	39	31	-	
DA	37	33	_	-
DSU	34	39		~
FDP (West)	_	· <u>-</u>	24	32
FDP (Ost)	29	34	<u></u>	_
LDP	32	42	-	_
NDP	36	33		-
DFP	31	39		
PDS	_	18		~

,		Grüne (West) BTW 87	Bündnis 90/Grüne BTW 90	Grüne (West) BTW 90
Grüne (West)	BTW 87		24	22
Grüne-UFV Bündnis 90	VKW 90 VKW 90	28 30	41 36	31 35
Bündnis 90/Grüne Grüne (West)	BTW 90 BTW 90	24 22	27	27

vom Inhalt des Bundestagswahlprogramms der CDU von 1987 ab. Auch die DBD und der DA divergieren programmatisch zu nahezu 40 Prozent vom CDU-Wahlprogramm 1987. Die DSU, die zwar der Allianz für Deutschland angehörte, sich jedoch nicht der CDU anschloß, ist dagegen mit 34 Prozent Abweichung der West-CDU von 1987 programmatisch am nächsten. Die größte Übereinstimmung kann die SPD verzeichnen. Drei Viertel ihres Volkskammerwahlprogramms von 1990 und ihres Bundestagswahlprogramms von 1987 sind denselben Themen und Positionen gewidmet.

Auch die Freidemokraten können auf große programmatische Gemeinsamkeiten bauen. Rund zwei Drittel ihrer Volkskammerwahlprogramme stimmen inhaltlich mit dem Wahlprogramm von 1987 überein. Die neugegründete Ost-FDP weist dabei die größte Übereinstimmung mit ihrem West-Partner auf, während die NDPD mit 36 Prozent Abweichung von der West-FDP am weitesten entfernt ist. Eine große programmatische Nähe findet sich auch bei den Grünen. Obwohl das Programm von Bündnis 90/Grüne nur zu 24 Prozent vom Wahlprogramm der West-Grünen von 1987 abweicht, und auch die getrennten Volkskammerwahlprogramme von Grünen-UFV und Bündnis 90 stark den West-Grünen ähneln, konnten sich die Grünen und die Bürgerbewegungen vor der Bundestagswahl 1990 nicht zu einer Vereinigung entschließen.

Als Vergleichswerte für diese Prozentdifferenzen zwischen Ost- und Westflügeln der Parteien sind in Spalte 3 der Tabelle 4 für SPD, CDU und FDP als Stabilitätswerte die durchschnittlichen Abweichungen zwischen den jeweils aufeinanderfolgenden Bundestagswahlprogrammen von 1949 bis 1987 wiedergegeben. Im Mittel weichen rund 30 Prozent der jeweils aufeinanderfolgenden Wahlprogramme voneinander ab. Wird die besondere Situation zur Volkskammerwahl 1990 und die sich daraus notwendigerweise ergebenden Schwerpunktsetzungen im Bereich der Innenpolitik berücksichtigt, so ist die Ähnlichkeit in den Programmatiken der neugegründeten SPD und FDP mit ihren westlichen Schwesterparteien außergewöhnlich groß.

Insgesamt betrachtet sind die programmatischen Unterschiede zwischen den ehemaligen Blockparteien der DDR und ihren jeweiligen West-Partnern größer als die zwischen neugegründeten Parteien oder Vereinigungen und West-Partnern. Insbesondere die Ost- und die West-CDU driften programmatisch stark auseinander. Konflikte in den Zielsetzungen und Positionen innerhalb der CDU sind daher wahrscheinlich. Dies gilt um so mehr wegen der Mitgliederstärke der ehemaligen Blockparteien.

Um die programmatische Integration der jeweiligen Ost- und Westflügel in die Gesamtpartei zu messen, wurde der *Duncansche Index* einerseits zwischen der Programmatik zur Bundestagswahl 1990 und zur Volkskammerwahl 1990 und andererseits zwischen der Bundestagswahl 1990 und 1987 berechnet. Dabei kann eine deutliche programmatische Dominanz der Westparteien diagnostiziert werden. Während der Ostflügel der SPD nur zu 4 Prozentpunkten über dem Integrationswert des Westflügels liegt (33 gegenüber 29 Prozentpunkten), sind die Ostflügel von FDP und CDU programmatisch um durchschnittlich 10 Prozentpunkte weniger in den gemeinsamen Parteiprogrammen vertreten als deren Westflügel. Programmatisch haben sich demnach die Westflügel von CDU (26 Prozentpunkte) und FDP (24 Prozentpunkte) erheblich stärker durchsetzen können als ihre Partnerparteien aus der ehemaligen DDR. Insbesondere die Ost-CDU mit 39 Prozentpunkten Abweichung, die LDP mit 42 und die DFP mit 39 Prozentpunkten Abweichung wurden programmatisch benachteiligt. Demnach haben zur Bundestagswahl 1990 die ehemaligen Blockparteien ihre organisatorische Stärke programmatisch nicht umsetzen können.

#### Die Links-Rechts-Dimension des deutschen Parteiensystems

Um die programmatische Entwicklung der Parteien und des deutschen Parteiensystems zusammenfassend zu betrachten, wurden aus den 24 Kategorien vier typisch linke und vier typisch rechte Positionen ausgewählt. Daraus ließ sich ein Links-Rechts-Index bilden. Die Prozentpunkte in den Kategorien Demokratie, Staatsintervention, Wohlfahrtsstaat und Frieden/Abrüstung als typisch »linke« Positionen wurden jeweils addiert und von der Summe der Kategorien Freiheit, Marktwirtschaft, sozialer Konservatismus und militärische Stärke als typisch »rechte« Positionen subtrahiert. Damit ergibt sich eine Maßzahl, die zwischen –100 (links) und +100 (rechts) variiert. Abbildung 1 gibt die Skalenwerte für die Parteiprogramme zur Bundestagswahl 1987 und 1990 und zur Volkskammerwahl 1990 in graphischer Form wieder.

Die Graphik verweist auf eine deutliche Links-Verschiebung des deutschen Parteiensystems. Verglichen mit dem 11. Deutschen Bundestag finden sich sowohl in der Volkskammer der DDR als auch im ersten gesamtdeutschen Bundestag mehr Parteien im linken Spektrum des Parteiensystems. Diese Verschiebung des Parteiensystems nach links ist insbesondere auf die Positionsveränderungen von CDU und SPD zurückzuführen.

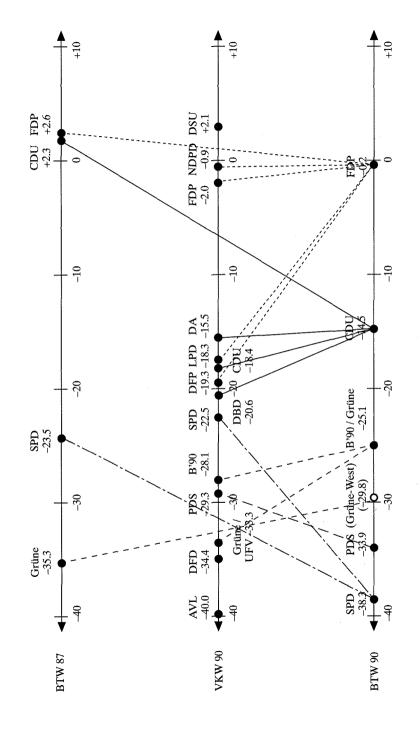
Verglichen mit ihren Programmen zur Bundestagswahl 1987 und zur Volkskammerwahl 1990 bezieht die SPD in ihrem Bundestagswahlprogramm 1990 kaum noch konservative Positionen. Da die SPD in ihrem Wahlprogramm 1990 zudem schwerpunktmäßig die Positionen »Ausbau des Sozialstaats« und »Frieden/Abrüstung« vertritt, werden sowohl die PDS als auch die Grünen und Bürgerbewegungen von der SPD links überholt.

Mit Ausnahme der Familienpolitik, die im CDU-Programm weiterhin eine überragende Rolle spielt, verläßt auch die CDU ihren konservativen Standort. Die CDU vertritt nun vermehrt die linken Positionen Frieden/Abrüstung und Staatsinterventionismus. Betrachtet man den Gesamtwert, so scheint sich die West-CDU in den Links-Rechts-Positionen ihren östlichen Flügeln zu nähern. Diese Annäherung in zentralen Politikdimensionen könnte die starken innerparteilichen Differenzen zwischen Ostund Westflügeln der CDU zumindest mindern.

Mit einem Wert um den Nullpunkt ist die FDP im ersten gesamtdeutschen Bundestag die Partei des rechten Flügels. Obwohl auch die FDP zur Bundestagswahl 1990, verglichen mit 1987, doppelt so häufig für den Ausbau des Wohlfahrtsstaates plädiert und damit Positionen ihrer Ostflügel aufnimmt, ist sie als Partei der Marktwirtschaft am weitesten rechts angesiedelt. Während 1987 die Koalitionspartner CDU/CSU und FDP nahezu den gleichen Links-Rechts-Wert nahe dem Nullpunkt einnahmen, liegt 1990 eine Distanz von fast 15 Prozentpunkten zwischen ihnen. Konflikte zwischen den Regierungsparteien scheinen damit programmiert.

Als Antwort auf die neuen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme im Zuge der deutschen Vereinigung verschieben sich, zusammenfassend betrachtet, die politischen Positionen der Parteien in Richtung auf Ausbau des Sozialstaates und mehr Umweltschutz. CDU, SPD, PDS, Bündnis 90/Grüne und Grüne (West) versuchen darüber hinaus, den neuen wirtschaftlichen Problemen durch vermehrten Staatsinterventionismus zu begegnen. Die FDP vertritt als einzige bundesdeutsche Partei klare marktwirtschaftliche Positionen.

Links-Rechts-Positionen der Parteien und Vereinigungen in den Bundestagswahlprogrammen 1987 und 1990 und den Volkskammerwahlprogrammen 1990 Abbildung 1:



#### 6. Perspektiven

Ein Vergleich des 11. und 12. Deutschen Bundestages nach Zahl und Stärke der Parteien zeigt, daß das Parteiensystem der Bundesrepublik in seiner quantitativen Dimension in Relationen zum Ausmaß der Veränderungen infolge der Vereinigung erstaunlich konstant ist. Die Fünf-Prozent-Hürde für den Einzug in den Bundestag – obgleich zur Bundestagswahl 1990 getrennt auf die neuen und die alten Bundesländer angewendet – hat sich als ein stabilisierender Faktor auch in einer Situation des Übergangs erwiesen. Die Konzentration des Parteiensystems der ehemaligen DDR wurde dabei entscheidend von den West-Parteien beeinflußt, die zu Wahlbündnissen entsprechend dem bundesdeutschen Parteiensystem drängten.

Mit PDS und Bündnis 90/Grüne finden sich derzeit noch DDR-spezifische Parteien im gesamtdeutschen Parteiensystem. Ihre Perspektiven erscheinen allerdings eher trübe. Die PDS ist mit ihrem Versuch einer Ausdehnung ihrer Wählerbasis auf die alten Bundesländer bei der Bundestagswahl 1990 klar gescheitert. Auch der charismatische Parteiführer Gregor Gysi hat es nicht vermocht, die zersplitterte westdeutsche Linke unter dem Dach der PDS zu versammeln. Somit bleibt die PDS in Zukunft vermutlich eine vor allem in den neuen Bundesländern agierende Partei. Eine Bundesrepräsentanz von in der DDR regional verankerten Parteien ist bei einer gesamtdeutschen Fünf-Prozent-Hürde jedoch unwahrscheinlich.

Die Zukunftschancen der Bürgerbewegungen sind derzeit ebenfalls als nicht rosig zu beurteilen. Um weiterhin als Partei anerkannt zu werden, mußten die Bürgerbewegungen spätestens ein Jahr nach der Vereinigung den Forderungen des bundesdeutschen Wahl- und Parteiengesetzes entsprechen. Ende September 1991 hat sich das Bündnis 90 als eigenständige bundesweite Partei konstituiert. Die Gründung einer Gesamtpartei war allerdings innerhalb der Bürgerbewegungen, insbesondere im Neuen Forum, heftig umstritten. So schlossen sich im Bündnis 90 die IFM und DJ, aber nur Teile der stärksten Bürgerbewegung Neues Forum zusammen. Betrachtet man die Mitgliederzahlen der drei Bürgerbewegungen (IFM: 200, DJ: 650, NF: 5000)<sup>16</sup>, so dürfte diese Spaltung eine erhebliche Schwächung der Bewegungen bewirken. Von den derzeit 5000 Mitgliedern des Neuen Forum haben sich nur etwa die Hälfte dem Bündnis 90 angeschlossen, während der Rest in der auf dem Parteitag in Bernburg Mitte September 1991 gegründeten Partei »Neues Forum« verbleibt. Die Gründe für diese Spaltung sind nur schwer auszumachen. Sowohl das Bündnis 90 als auch das Neue Forum sind auf die Prinzipien Basisdemokratie, Konsens, solidarische Gesellschaft und parteiübergreifende Zusammenarbeit verpflichtet, und die westdeutsche Analogie von Realos im Bündnis 90 und Fundis im Neuen Forum greift im Hinblick auf die Bürgerbewegungen nur bedingt. Fundamentalisten unter den Bürgerbewegten sind mehr auf eine DDR-Identität bedacht, stehen dem System der Bundesrepublik skeptischer gegenüber und haben größere Angst vor Parlamentarisierung und abnehmendem Einfluß der Basis. Ein entscheidender Grund für die Spaltung scheint die ablehnende Haltung der Fundamentalisten innerhalb des Neuen Forum gegenüber einem Zusammenschluß mit den West-Grünen gewesen zu sein. Die Befürchtung, von den West-Grünen »geschluckt« zu werden, scheint nicht unberechtigt, wenn man den Eklat um die Wahl der neuen Parteisprecher der Grünen betrachtet. Nach langen innerparteilichen Diskussionen hatte man sich auf ein Zwei-Sprecher-Modell geeinigt, bei der geplanten Besetzung der beiden Posten jedoch den neuen

Ostflügel der Partei völlig unberücksichtigt gelassen. Auf dem Parteitag in Neumünster Ende April 1991 wurde schließlich einer der beiden Sprecher-Posten so besetzt, daß sowohl dem Frauen- als auch dem Ost-Proporz entsprochen werden konnte.

Von der Gründung des Bündnis 90 als eigenständige Partei dürften sich die Bürgerbewegungen nicht zuletzt eine Stärkung ihrer Positionen gegenüber den Grünen versprochen haben. Aufgrund der Parteigründung anstelle eines Anschlusses an die Grünen werden aber erhebliche rechtliche Schwierigkeiten bei einer Vereinigung der beiden Parteien auftreten. Vor einer Fusion müßten beide Parteien zunächst aufgelöst werden, wobei laut Satzung der Grünen das gesamte Parteivermögen in Stiftungen übergeht und somit für die neue Partei verloren wäre. Der Zusammenschluß mit den Grünen gilt zwar derzeit unter den Mitgliedern des Bündnis 90 als unvermeidbar, ist aber in Anbetracht der juristischen Schwierigkeiten noch keineswegs ausgemacht. Ob eine Fusion der beiden Parteien tatsächlich zustande kommt, dürfte nicht zuletzt auch davon abhängen, ob sich Bürgerrechtler und Grüne überhaupt auf gemeinsame Positionen und Prioritäten einigen können.

Darüber hinaus hat das Neue Forum auf seinem Gründungsparteitag zwar beschlossen, nicht gegen das Bündnis 90 zu kandidieren. Wenn aber das Neue Forum in Zukunft nicht nur als Bürgerbewegung weiterbestehen, sondern tatsächlich eine Partei sein will, dann muß dieser Beschluß zwangsläufig revidiert werden. Partei zu sein bedeutet nun einmal, um Stimmenerwerb zu kämpfen – und das heißt in diesem Fall vor allem um die Wählerstimmen des Bündnis 90. Die Folgen eines getrennten Auftretens bei Wahlen wurden bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern bereits deutlich. Obwohl das Neue Forum, Bündnis 90 und Grüne zusammengenommen neun Prozent der Wählerstimmen erhielten, scheiterten alle drei Gruppen an der Fünf-Prozent-Hürde, weil sie gegeneinander kandidierten.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß die Zeit einer relativ großen Konstanz von Parteistärken in der neuen Bundesrepublik vorbei zu sein scheint. So war der Wahlerfolg Kohls in den stark säkularisierten, ehemals sozialdemokratisch dominierten neuen Bundesländern hauptsächlich in der Hoffnung auf einen schnellen wirtschaftlichen Aufschwung begründet. Die Enttäuschungen über nicht eingehaltene Wahlversprechen haben bereits zu einem Umschwung in den Parteipräferenzen der Wähler geführt. Das Meinungsklima in den neuen Bundesländern ist auch wegen fehlender sozialstruktureller Verankerung der Parteien und fehlender Parteiidentifikationen stark von der Tagespolitik abhängig.

Neben sich abzeichnenden Kräfteverschiebungen zwischen den Parteien kommen Einflüsse der Vereinigung aber auch innerhalb der Parteien zum Tragen. Im Zuge der Vereinigung müssen sich die Parteien neuen Problemen stellen. Dabei stehen einerseits Probleme der Bewältigung der DDR-Vergangenheit wie Eigentumsfragen und Verbrechen der Staatssicherheit zur Debatte. Beide Problemkreise sind auch innerparteilich aufgrund der Tätigkeit mancher Politiker aus dem Osten Deutschlands für die Staatssicherheit und der Diskussion um das Vermögen der ehemaligen Blockparteien relevant. Andererseits kommen Themen wie der Paragraph 218 wieder auf die Tagesordnung, die den Konsens innerhalb und zwischen den Parteien auch in der Vergangenheit schon belastet hatten. Zudem stellen sich nun Fragen der Wirtschaftsentwicklung, Arbeitslosigkeit und Geldwertstabilität in der erweiterten Bundesrepublik völlig neu. Die Verschiebung des Parteisystems nach »links« dürfte auch in den kommenden Jahren anhalten, da die Parteien die Umstellungsprobleme der ehemali-

gen DDR zunächst nur durch Ausdehnung des Sozialstaates und vermehrte Eingriffe in das Wirtschaftssystem auffangen können.

Wie die innerparteiliche Betrachtung zeigt, nähern sich die West-Flügel damit den stärker auf soziale Absicherung ausgerichteten Ostflügeln ihrer Parteien an. Trotzdem sind innerparteiliche Flügelkämpfe vorhersehbar. So muß die West-FDP ihre ausgeprägt marktwirtschaftliche Orientierung mit einem auch wirtschaftspolitisch linkslastigen Ostflügel in Übereinstimmung bringen. Der CDU/CSU steht mit der Abtreibungsfrage ein Thema von höchster innerparteilicher Brisanz ins Haus. Die in Ost und West unterschiedlichen Werte, Normen und Einstellungen werden in den Parteien ebenso für neue Konflikte sorgen wie in der Bevölkerung der Bundesrepublik.

# Anmerkungen

- 1 Vgl. Lothar Probst, Bürgerbewegungen, politische Kultur und Zivilgesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 19/91, S. 30.
- 2 Vgl. Rolf Reißig/Gert-Joachim Glaeßner (Hrsg.), Das Ende eines Experiments. Umbruch in der DDR und deutsche Einheit, Berlin 1991, S. 24.
- 3 Vgl. Wolfgang Kühnel/Jan Wielgohs/Marianne Schulz, Die neuen politischen Gruppierungen auf dem Wege vom politischen Protest zur parlamentarischen Interessenvertretung. Soziale Bewegungen im Umbruch der DDR-Gesellschaft, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 21 (1990), S. 22-37.
- 4 Vgl. Hubertus Knabe, Politische Opposition in der DDR. Ursprünge. Programmatik, Perspektiven, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1–2/90, S. 21–32.
- 5 So Uwe Thaysen, Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie, Opladen 1990, S. 30.
- 6 Gert-Joachim Glaeßner, Vom »realen Sozialismus« zur Selbstbestimmung. Ursachen und Konsequenzen der Systemkrise in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1–2/90, S. 19.
- 7 Vgl. Karl G. Tempel, Die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland und die Rolle der Parteien in der DDR. Grundlagen, Funktionen, Geschichte, Programmatik, Organisation, Berlin 1987, S. 211ff.
- 8 U. Thaysen (Anm. 5), S. 71.
- 9 Vgl. G.-J. Glaeßner (Anm. 6), S. 9.
- 10 U. Thaysen (Anm. 5), S. 192.
- 11 Vgl. ebd., S. 64.
- 12 Ebd., S. 74.
- 13 H. Knabe (Anm. 4), S. 23.
- 14 Die Manifesto Research Group (MRG) des European Consortium for Political Research (ESPR) befaßt sich seit zehn Jahren in international vergleichender Perspektive mit der Analyse von Parteiprogrammen. Vgl. Ian Budge/David Robertson/Derek Hearl (Hrsg.), Ideology, Strategy and Party Change Spatial Analyses of Post War Election Programmes in 19 Democracies, Cambridge 1987. An dieser Stelle sei außerdem Dirk Petsch für die gewissenhafte Vercodung der Parteiprogramme sowie für seine Recherchen zur Entwicklung der Parteiprogrammatik im Verlauf des Einigungsprozesses gedankt.
- 15 Vgl. Samuel H. Barnes/Max Kaase (Hrsg.), Political Action Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills 1979.
- 16 Vgl. die Meldung im Handelsblatt vom 23. September 1991.

Tabelle 3a: Themen und Positionen in den Wahlprogrammen der Parteien und Vereinigungen zur Bundestagswahl 1987 (BTW 87) und 1990 (BTW 90) und zur Volkskammerwahl 1990 (VKW 90)

# a) CDU

	CDU (W) BTW 87	CDU(O) VKW 90	DBD VKW 90	DA VKW 90	DSU VKW 90	CDU BTW 90
Polity	8,3	38,8	25,5	19,8	30,5	7,2
11 Verfassung	3,4	2,2	1,6	1,8	3,5	2,6
12 Regierung	1,5	2,6	2,0	0,7	1,3	2,0
13 Freiheit +	2,3	8,4	0,7	5,3	15,9	1,3
14 Demokratie +	0,8	23,8	10,9	10,9	8,0	1,3
15 Dezentralisation +	0,4	0,9	2,3	1,1	1,8	0,0
16 Dezentralisation -	0,0	0,9	0,0	0,0	0,0	0,0
Ökonomie	25,0	14,1	30,1	24,9	18,6	22,5
21 Allgemeine ökonomische Ziele	0,4	0,0	0,3	0,4	0,0	0,0
22 Infrastruktur	11,4	2,2	7,3	5,0	4,9	11,2
23 Marktwirtschaft +	5,3	4,0	5,0	4,3	4,4	0,7
24 Staatsintervention +	1,1	3,1	3,3	5,4	8,0	5,3
25 Landwirtschaft	6,8	4,8	14,2	9,8	1,3	5,3
Gesellschaft	42,1	42,7	45,3	46,2	44,6	53,2
31 Bildung	1,1	5,7	3,6	7,7	3,1	$^{2,0}$
32 Lebensqualität	10,6	16,7	18,4	17,9	9,3	16,4
33 Sozialer Konservatismus +	11,4	6,2	2,3	6,4	13,7	11,8
34 Gruppenpolitik	3,8	6,6	9,5	4,6	3,9	11,8
35 Wohlfahrtsstaat +	14,8	7,5	10,2	9,2	14,6	11,2
36 Wohlfahrtsstaat –	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
37 Establishment –	0,0	0,0	1,3	0,4	0,0	0,0
38 Versäulung +	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Außenpolitik	24,4	4,3	7,6	9,3	6,1	16,5
41 Spezifische Beziehungen	3,8	0,4	1,7	2,9	3,1	0,7
42 Europäische Kooperation +	11,4	1,3	0,3	0,4	0,9	5,3
43 Europäische Kooperation –	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
44 Militärische Stärke +	4,6	0,0	0,7	0,0	0,4	0,0
45 Frieden und Abrüstung +	4,6	2,6	4,9	6,0	1,7	10,5
N	273	227	303	285	226	152

Tabelle 3b: Themen und Positionen in den Wahlprogrammen der Parteien und Vereinigungen zur Bundestagswahl 1987 (BTW 87) und 1990 (BTW 90) und zur Volkskammerwahl 1990 (VKW 90)

# b) SPD

	SPD BTW 87	SPD VKW 90	SPD BTW 90
Polity	8,6	20,0	7,3
11 Verfassung	2,5	0,0	0,4
12 Regierung	1,4	0,0	4,6
13 Freiheit +	2,9	10,0	0,0
14 Demokratie +	1,8	8,8	2,3
15 Dezentralisation +	0,0	1,2	0,0
16 Dezentralisation –	0,0	0,0	0,0
Ökonomie	25,4	20,4	17,9
21 Allgemeine ökonomische Ziele	0,4	0,4	2,3
22 Infrastruktur	13,9	8,4	8,0
23 Marktwirtschaft +	6,1	4,4	1,9
24 Staatsintervention +	2,9	4,8	3,0
25 Landwirtschaft	2,1	2,4	2,7
Gesellschaft	44,3	49,7	60,5
31 Bildung	3,2	4,8	0,8
32 Lebensqualität	10,4	10,8	22,1
33 Sozialer Konservatismus +	3,2	4,8	0,8
34 Gruppenpolitik	3,2	6,8	12,5
35 Wohlfahrtsstaat +	24,3	21,3	24,3
36 Wohlfahrtsstaat –	0,0	0,0	0,0
37 Establishment –	0,0	1,2	0,0
38 Versäulung +	0,0	0,0	0,0
Außenpolitik	21,8	9,6	14,4
41 Spezifische Beziehungen	3,9	2,0	1,1
42 Europäische Kooperation +	5,4	0,8	1,9
43 Europäische Kooperation –	0,0	0,0	0,0
44 Militârische Stärke +	2,9	0,0	0,0
45 Frieden und Abrüstung +	9,6	6,8	11,4
N	281	249	263

Tabelle 3c: Themen und Positionen in den Wahlprogrammen der Parteien und Vereinigungen zur Bundestagswahl 1987 (BTW 87) und 1990 (BTW 90) und zur Volkskammerwahl 1990 (VKW 90)

# c) FDP

	FDP BTW 87	FDP VKW 90	LDP VKW 90	NDPD VKW 90	DFP VKW 90	FDP BTW 90
Polity	22,6	32,4	23,4	20,7	32,5	10,2
11 Verfassung	4,2	0,6	3,1	1,8	1,3	1,5
12 Regierung	4,7	3,8	1,6	2,7	2,0	3,8
13 Freiheit +	11,6	17,2	8,3	6,3	12,5	3,6
14 Demokratie +	1,6	10,8	10,4	7,2	15,1	0,4
15 Dezentralisation +	0,5	0,0	0,0	2,7	2,0	0,9
16 Dezentralisation –	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ökonomie	27,4	17,2	28,7	18,0	19,9	29,6
21 Allgemeine ökonomische Ziele	0,5	0,0	1,0	0,0	0,0	0,0
22 Infrastruktur	13,2	7,6	4,7	0,9	4,0	13,2
23 Marktwirtschaft +	7,9	5,1	3,7	8,1	6,6	12,4
24 Staatsintervention +	3,2	4,5	15,1	3,6	8,6	0,6
25 Landwirtschaft	2,6	0,0	4,2	5,4	0,7	3,4
Gesellschaft	39,5	42,7	43,7	46,8	31,6	48,5
31 Bildung	7,4	3,2	5,2	4,5	3,3	3,2
32 Lebensqualität	18,4	17,2	22,9	14,4	13,2	18,5
33 Sozialer Konservatismus +	0,0	7,6	3,6	9,0	0,0	2,2
34 Gruppenpolitik	4,2	4,5	4,2	9,0	5,3	8,9
35 Wohlfahrtsstaat +	6,8	9,6	6,8	9,9	8,5	12,3
36 Wohlfahrtsstaat –	2,6	0,0	0,5	0,0	1,3	1,2
37 Establishment –	0,0	0,6	0,5	0,0	0,0	2,2
38 Versäulung +	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Außenpolitik	10,5	7,6	4,2	14,4	16,2	12,3
41 Spezifische Beziehungen	1,6	0,6	2,1	9,0	5,3	0,9
42 Europäische Kooperation +	2,1	0,0	0,5	1,8	0,7	3,1
43 Europäische Kooperation –	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
44 Militärische Stärke +	0,5	0,0	0,0	0,0	2,0	1,6
45 Frieden und Abrüstung +	5,8	7,0	1,6	3,6	8,2	6,7
N	205	157	192	111	152	687

Tabelle 3 d: Themen und Positionen in den Wahlprogrammen der Parteien und Vereinigungen zur Bundestagswahl 1987 (BTW 87) und 1990 (BTW 90) und zur Volkskammerwahl 1990 (VKW 90)

# d) Grüne

	Grüne BTW 87	Grüne-UVL VKW 90	B'90 VKW 90	B'90-Grüne BTW 90	Grüne (W) BTW 90
Polity	15,3	14,6	16,6	23,7	11,0
11 Verfassung	4,8	0,9	4,3	2,8	0,0
12 Regierung	0,2	0,9	0,0	4,2	2,9
13 Freiheit +	4,8	0,0	2,2	9,7	- 2,6
14 Demokratie +	4,5	8,5	7,9	6,3	5,2
15 Dezentralisation +	1,1	4,3	2,2	0,7	0,3
16 Dezentralisation -	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ökonomie	11,2	6,9	15,0	14,0	9,8
21 Allgemeine ökonomische Ziele	2,2	0,0	1,4	1,4	2,4
22 Infrastruktur	4,5	3,4	1,4	4,2	0,3
23 Marktwirtschaft +	0,9	0,0	5,0	2,8	0,3
24 Staatsintervention +	1,1	2,6	5,0	4,9	2,1
25 Landwirtschaft	2,6	0,9	2,2	0,7	4,7
Gesellschaft	57,0	73,5	45,2	33,3	65,3
31 Bildung	0,0	7,7	2,2	0,7	0,0
32 Lebensqualität	17,7	18,0	15,1	22,2	26,0
33 Sozialer Konservatismus +	2,4	2,6	6,3	0,0	3,5
34 Gruppenpolitik	13,6	16,2	4,3	11,1	16,0
35 Wohlfahrtsstaat +	22,0	22,2	17,3	9,0	15,5
36 Wohlfahrtsstaat –	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
37 Establishment –	1,3	6,8	0,0	1,4	4,3
38 Versäulung +	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Außenpolitik	16,4	5,2	22,5	18,1	14,7
41 Spezifische Beziehungen	0,6	0,9	5,0	0,0	0,8
42 Europäische Kooperation +	0,0	1,7	6,5	0,7	0,5
43 Europäische Kooperation –	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
44 Militärische Stärke +	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
45 Frieden und Abrüstung +	15,8	2,6	11,4	17,4	13,4
N	492	117	139	144	382

Tabelle 3e: Themen und Positionen in den Wahlprogrammen der Parteien und Vereinigungen zur Bundestagswahl 1987 (BTW 87) und 1990 (BTW 90) und zur Volkskammerwahl 1990 (VKW 90)

# e) Sonstige

	PDS VKW 90	AVL VKW 90	DFD VKW 90	PDS BTW 90
Polity	23,5	31.0	10,5	17,8
11 Verfassung	$\frac{23,3}{2,1}$	4,4	0,0	1,9
12 Regierung	0,0	4,0	1,5	2,5
13 Freiheit +	6,4	6,2	1,5	6,7
14 Demokratie +	13,6	13,3	7,5	6,4
15 Dezentralisation +	1,4	3,1	0,0	0,3
16 Dezentralisation –	0,0	0,0	0,0	0,0
Ökonomie	10,4	16,7	10,5	12,5
21 Allgemeine ökonomische Ziele	0,0	0,4	0,0	1,4
22 Infrastruktur	2,9	1,7	0,0	1,7
23 Marktwirtschaft +	1,4	4,9	0,0	0,6
24 Staatsintervention +	3,6	9,7	6,0	5,0
25 Landwirtschaft	2,9	0,0	4,5	4,2
Gesellschaft	55,3	33,3	76,3	60,6
31 Bildung	5,7	2,7	1,5	6,4
32 Lebensqualität	10,0	2,6	7,5	12,8
33 Sozialer Konservatismus +	3,6	1,7	6,0	1,7
34 Gruppenpolitik	17,9	5,9	29,9	13,9
35 Wohlfahrtsstaat +	16,4	20,0	26,9	23,7
36 Wohlfahrtsstaat –	0,0	0,0	0,0	0,0
37 Establishment –	2,1	0,4	4,5	2,1
38 Versäulung +	0,0	0,0	0,0	0,0
Außenpolitik	9,9	18,6	3,0	8,9
41 Spezifische Beziehungen	1,4	6,7	0,0	0,3
42 Europäische Kooperation +	1,4	0,9	1,5	0,8
43 Europäische Kooperation –	0,0	0,4	0,0	0,0
44 Militärische Stärke +	0,0	0,4	0,0	0,0
45 Frieden und Abrüstung +	7,1	10,2	1,5	7,8
<u>N</u>	359	225	67	140